

Realismusstreit und Methodendiskussion

Zur aktuellen Lage der Politischen Theorie

*Dirk Jörke, Frank Nullmeier**

Eine Methodendiskussion zu führen gilt meist als Zeichen einer Krise. Das dürfte gerade dann gelten, wenn eine Teildisziplin, die der Theorie gewidmet ist, sich um ihre Methoden kümmert. Doch auch an Krisen kann man sich gewöhnen, die Krisendiagnostik trägt mittlerweile wenig dazu bei, einen Sachverhalt zu klären. Was sind jenseits aller Dramatisierung die Ursachen, die eine Methodendiskussion in der Politischen Theorie bewirkt haben, was sind die Gründe, die eine solche Diskussion sinnvoll erscheinen lassen? Und schließlich, was hat man überhaupt unter ‚Methoden der Politischen Theorie‘ zu verstehen?

1. Die Politische Theorie befindet sich aktuell mitten in einem *Realismusstreit*. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Frage, wie man eine Politische Theorie so gestalten kann, dass der Graben zwischen der Konstruktion normativer Basiskonzepte wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Demokratie und den heute vielleicht deutlicher als in den 1990er Jahren sichtbaren machtpolitischen Verhältnissen überwunden werden kann. Die einen fordern die Abkehr von einer weiteren Verfolgung der wert- und prinzipientheoretischen Forschung und die Hinwendung zu den realen Beweggründen des Politischen, während die anderen beanspruchen, ideale und nichtideale Theorie in einem Bezugsrahmen verbinden und damit auch versöhnen zu können. Nicht zuletzt mit der inzwischen auch auf Deutsch vorliegenden Intervention von Raymond Geuss über *Philosophy and Real Politics* ist die Frage nach dem wirklichkeitswissenschaftlichen Halt normativer Theoriebildung in das Zentrum der politikphilosophischen Debatte gerückt. Geuss weist der politischen Philosophie die Aufgabe zu, insoweit ‚realistisch‘ zu sein, als Spuren von Wunschdenken, Ideologie und unreflektierter Befangenheit in alltagssprachlichen Selbstverständlichkeiten identifiziert und kritisch aufgedeckt werden müssen. Das sei in der Traditionslinie von Marx, Nietzsche, Adorno und Foucault eher zu bewerkstelligen als in der von Kant, Rawls und Habermas.

Der Realismusstreit (Parallelen zum gleichnamigen Streit in der Literaturtheorie zwischen Lukacs und Brecht in den 1930er Jahren sind nicht beabsichtigt) ist jedoch nicht als eine Neuauflage des Positivismusstreits oder einer Werturteilsdebatte zu verstehen. Es geht nicht darum, Normativität entweder zu verleugnen oder umgekehrt als notwendiges

* PD Dr. Dirk Jörke, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Kontakt: joerke@uni-greifswald.de
Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Bremen; Kontakt: frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Element einer jeden politischen Theorie nachzuweisen, es geht ‚Realisten‘ wie ‚Idealisten‘ vielmehr um eine normative Theoriebildung, die sich den ökonomisch wie politisch sichtbarer gewordenen Machtverhältnissen annehmen kann. Und der neue Realismus ist keineswegs notwendigerweise ein Verteidiger des Bestehenden, ein Konservativer, der auf die Konstanten des politischen Machtspiels verweist, um eine Anpassung der normativen Ambitionen an die harten Realitäten einzufordern. Im Gegenteil, der neue Realismus kann auch als radikaler Ideologiekritiker – wie es bei Geuss der Fall ist – auftreten, der den Gegebenheiten nur ihr Dasein als ‚schlechte Realitäten‘ nachweisen will, ohne jedoch gezwungen zu sein, eine Theorie des Guten und Gerechten vorzulegen. Man muss sich im Realismusstreit also nicht vorrangig darum sorgen, dass letztlich einem auch nur vermeintlich normativitätsfreien Positivismus zugearbeitet wird. Vielmehr werden mit der Infragestellung des Nutzens von philosophischen Begründungsprogrammen Grundsatzprobleme der Anlage politischer Theorien und Philosophie aufgeworfen.

Die Aufsätze von *Jörg Schaub* und *Jürgen Sirsch* setzen sich beide ausführlich mit den Protagonisten des Realismusstreits auseinander, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Bewertung. Schaub gibt zunächst einen Überblick über die Realismusdebatte, wobei er sich sowohl auf Geuss als auch auf Williams bezieht und deren Kritik an einer moralphilosophisch fundierten Politischen Theorie rekonstruiert. Schaub folgt im Wesentlichen den Argumenten von Geuss und Williams, zeigt aber auch deren argumentative Schwachstellen auf. Am Ende plädiert Schaub für eine ‚Vorrangigkeit der Politik‘ und zeigt Wege auf, die ein realistischer Ansatz gehen muss, wenn er den idealtheoretischen Einwänden standhalten soll.

In dem strikt analytisch vorgehenden Beitrag von Sirsch kommt es demgegenüber zu einer deutlichen Kritik an einer vermeintlich realistischen Herangehensweise. Sirsch beginnt mit einer Rekonstruktion von John Rawls’ idealtheoretischer Methode und demonstriert, dass die Kritiken von Raymond Geuss und Amartya Sen einer sorgfältigen Überprüfung nicht standhalten können. Zudem argumentiert Sirsch, dass eine anspruchsvolle Politische Theorie nicht auf normativ gehaltvolle und damit notwendig idealtheoretische Annahmen verzichten sollte. Allerdings könnten diese nur ein Baustein einer normativen Politischen Theorie sein, die immer auch auf ‚empirische Konstruktionsannahmen‘ angewiesen sei.

Welchen Ort und welchen Status haben moralphilosophische Überlegungen in einer Politikwissenschaft, die sich immer auch als Wirklichkeitswissenschaft verstanden hat? Sollte die Kritik des moralphilosophischen Ansatzes in der Politischen Theorie nicht Anstöße geben, über eine stärkere Integration von normativen und empiriebezogenen politischen Theorien nachzudenken? Allerdings ist überraschend, dass bisher in der internationalen Debatte, trotz der institutionellen Verankerung der Politischen Theorie in einer größtenteils empirisch ausgerichteten Politikwissenschaft, nur in sehr geringem Grad der Versuch gemacht worden ist und wird, Begrifflichkeiten positiver Theorie in eine basal normativ angelegte Theorie so zu integrieren, dass (wie immer im Einzelnen näher ausgestaltete) ‚realistischere‘ normative Theorien entstehen können.

Denn obwohl die Intervention von Geuss eine Vielzahl von Reaktionen hervorgerufen hat, schreitet die Entwicklung nicht zu einer substanziellen ‚realistischen‘ Theoriebildung voran, sondern verbleibt (noch) auf der Ebene der Auseinandersetzung über die richtige Vorgehensweise. Dass die Ebene der Metatheorie gewählt wird, zeigt nur die Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg.

2. So hat der Realismusstreit bisher kaum dazu beigetragen, die zunehmend als bedrohlich empfundene Spaltung von empirischer Politikwissenschaft und einer vorrangig normativ verfahrenen Politischen Theorie oder politischen Philosophie zu überwinden. Empirisch arbeitende Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nehmen von den normativen Diskursen der Politischen Theorie wenig bis gar nichts auf, was aber vielleicht auch damit zusammenhängt, dass Politische Theorie sich zumeist nicht darum bemüht, ihrerseits Anschluss an Ergebnisse der empirischen Forschung zu finden. Die wechselseitige Nichtwahrnehmung zwischen empirisch und theoretisch orientierter Politikwissenschaft ist zwar erfolgreich auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen überwunden worden, ähnliche Kooperationen und Innovationen finden sich auf anderen Feldern jedoch nicht. Zudem reklamieren die anderen politikwissenschaftlichen Teilbereiche im Zuge eines gewachsenen Selbstbewusstseins, selbst politische Theorien zu produzieren, und das in hinreichendem Maße, so dass der Bedarf an Theorie schon intern gedeckt scheint. Als ‚positive‘ oder ‚empirische‘ Theorie ist sie zunächst von der normativen Theoriebildung der meisten Vertreterinnen und Vertreter der Politischen Theorie weit entfernt. Jedoch sind die impliziten normativen Bezüge dieser positiven politischen Theorien erheblich, man denke nur an die Demokratiemessung oder Governance-Forschung. So gerät die Politische Theorie von zwei Seiten unter ‚Realitäts- und Empiriedruck‘: zum einen mit der Forderung, eine empirisch anschlussfähige Theoriebildung zu betreiben, zum anderen durch den Hinweis darauf, dass sie eigentlich für das Fach, wenn schon nicht entbehrlich, so doch zumindest randständig ist.

An dieser Stelle setzen die Beiträge von *Alexander Weiß* und *Tanja Pritzlaff* an. Beide sind bestrebt, die Politische Theorie (wieder) an die empirisch ausgerichteten Teildisziplinen der Politikwissenschaft heranzuführen. Weiß startet mit der Idee, etwas explizit zu machen, was in der Politischen Theorie ohnehin schon immer geschieht, nämlich die Beobachtung und der Import fachfremder Theorien, etwa aus der Soziologie, den Wirtschafts- oder auch den Lebenswissenschaften. Allerdings sei dieses ‚Monitoring‘, das er neben der normativen Theoriebildung und der Ideengeschichte als drittes Aufgabenfeld der Politischen Theorie begreift, bislang in einer wenig reflektierten Weise geschehen. Weiß skizziert daher Kriterien, die ein politisch-theoretisches Monitoring anleiten sollen, und erhofft sich dadurch auch einen Attraktivitätsgewinn der Politischen Theorie für das gesamte Fach.

Im Zentrum des Beitrages von Pritzlaff steht die Frage nach dem möglichen Beitrag der entwicklungspsychologischen Forschungen von Michael Tomasello. Dessen Erkenntnisse zur grundlegenden Normativität zwischenmenschlicher Interaktionen lassen sich Pritzlaff zufolge für eine Theorie politischer Praktiken fruchtbar machen. Um das zu zeigen, greift sie zudem auf die sprachphilosophischen Arbeiten von Robert Brandom zur impliziten Normativität sozialer Praxis zurück, die sie in den empirischen Forschungen von Tomasello bestätigt sieht. Beide zusammen könnten nicht nur die naturale Verankerung von Normativität aufzeigen, sondern würden auch wichtige Bausteine für eine Politische Theorie liefern, die auf dem Begriff politischer Praktiken aufbaut.

Dort, wo die Brücke zu Bereichstheorien und zu einer empiriebezogenen Politischen Theorie geschlagen wird, stellt sich die Frage des Methodentransfers. Wie sehr soll sich die Politische Theorie auf die empirischen Methoden und deren Ergebnisse einlassen? Welche Chancen bieten welche Vorgehensweisen und Methoden für die Politische Theorie, welche Risiken bringen sie mit sich? Und wie verpflichten Methoden auf bestimmte Methodologien und diese wiederum auf bestimmte Grundannahmen, die in der Politischen Theorie gerade reflektiert werden müssen? Gibt es zudem spezifische Methoden

der Politischen Theorie, die ihrerseits als anregend und weiterführend in den anderen Teildisziplinen und Arbeitsfeldern der Politikwissenschaft übernommen beziehungsweise fortgeführt werden könnten?

3. Die zunehmende Professionalisierung der Politischen Theorie und der politischen Philosophie treibt nicht nur die Spezialisierung und die Möglichkeit der Bildung relativ großer Nischen für einzelne Theorieschulen und Themengebiete voran, sondern auch die Reflexion über die Vorgehensweisen der Theoriebildung selbst. Unter dem Titel der Methoden wird daher nicht auf Erhebungs- und Auswertungsmethoden wie in der empirischen Forschung verwiesen, es geht um die ‚Bauweise‘ von Theorien, wobei diese entscheidend davon abhängen kann, welche Art von Theorie, welche Architektur die jeweilige Theorie aufweist. Martin Saar hat auf der Konferenz, aus der dieses Themenheft hervorgegangen ist, die Baumetaphorik mit seiner Unterscheidung von konstruktiven, dekonstruktiven und rekonstruktiven Architekturen von Theorien genutzt, um die grundlegenden Alternativen anzudeuten. Danach sind bei konstruktiver Theoriebildung in der Tradition von Rawls etwa andere Methoden zu entwickeln als bei rekonstruktiver (zum Beispiel in der Tradition von Habermas und Honneth) und dekonstruktiver (zum Beispiel in der Tradition marxistischer Ideologiekritik oder Derridas). Theoriepluralismus und Methodenpluralismus würden daher miteinander einhergehen, die Erwartung eines aller politischer Theorie gemeinsamen Methodenkanons erwiese sich als verfehlt. Gleichwohl ist damit noch nicht die Frage beantwortet, wie die einzelnen Theoriearchitekturen (oder Methodologien) intern gebaut sein müssen, um dem Anspruch einer wissenschaftlichen Vorgehensweise zu entsprechen.

An dieser Stelle schließen die aus einem Podiumsgespräch hervorgegangenen Kurzbeiträge von *Bernd Ladwig* und *Joachim Behnke* an. Beide treten für eine möglichst explizite und argumentative Vorgehensweise bei der Formulierung politischer Theorien ein und erhoffen sich dadurch eine Steigerung der Wissenschaftlichkeit der normativen Theoriebildung.

Ladwig distanziert sich von einem Verständnis von politischer Philosophie, das diese als eine rein begriffliche und daher wertfreie Analyse politischer Grundkategorien wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Freiheit betrachtet. Ihm zufolge ist eine derartige Vorgehensweise nicht möglich, da die verwendeten Begriffe notwendigerweise normativ gehaltvolle Konzepte darstellen. Politische Philosophie steht für Ladwig zudem in ‚substantieller‘ Hinsicht in einer Kontinuitätsbeziehung zur alltäglichen Politik, die er um den Begriff der Autonomie zentriert. Als autonome Wesen schulden wir uns wechselseitig die Begründung unserer Handlungen und politischen Entscheidungen. Im politischen Handeln werden daher Geltungsansprüche erhoben, die in der politischen Philosophie unter Wahrung des Kontaktes zur Teilnehmerperspektive reflektiert und geprüft werden sollen.

Das Verhältnis von empirischer Sozialforschung, positiver und normativer Theoriebildung steht im Zentrum des Beitrages von Behnke. Ihm zufolge ist das entscheidende Kriterium für die Wissenschaftlichkeit normativer Aussagen, dass diese gerechtfertigt werden können. Das bedeutet in erster Linie, dass diese einer kritischen Überprüfung standhalten können, dass ‚gute Gründe‘ für diese Behauptung geliefert werden können. Normative Theorien, die mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auftreten, dürfen sich nicht einzig auf vermeintlich selbstevidente Behauptungen stützen, sondern bedürfen einer empirischen Fundierung. Entsprechend legt Behnke der normativen Theorie eine

stärkere Berücksichtigung der Ergebnisse positiver, und das heißt empirisch gesättigter Theoriebildung nahe.

Alle Beiträge öffnen sich eher vorsichtig neuen Wegen und Vorgehensweisen der Politischen Theorie. Gleichwohl teilen sie alle mehr oder weniger die Forderung nach einer stärkeren Annäherung von Politischer Theorie und den empirischen Sozialwissenschaften. Damit scheint uns der Weg aufgezeigt, den eine Politische Theorie, die auf normative Aussagen nicht verzichten kann, in Zukunft weiter verfolgen sollte, wenn sie sich als Teil einer überwiegend empirisch ausgerichteten Politikwissenschaft versteht. Eine stärkere empirische Fundierung normativer Theorien würde gewiss deren vielfach beklagte Akzeptanzprobleme vermindern und sie wieder näher an die anderen Teilbereiche der Politikwissenschaft heranführen. Aber die hier und anderswo aufgezeigten Wege müssen auch halbwegs konsequent und systematisch begangen werden. Ein Rückzug in die je eigene Publikationstätigkeit, ohne den Willen zum Bau an einer methodisch und in ihren Vorgehensweisen reflektierten Disziplin der Politischen Theorie, wäre nicht wünschenswert. Wir erlauben uns daher abschließend vier Thesen über die Möglichkeiten und Wünschbarkeiten einer weiteren Entwicklung:

1. Der Realismusstreit kann dann weiterführend werden, wenn die Ebene der Metareflexion und Methodendebatte verlassen und ausgearbeitete Versuche einer realistischen normativen Theorie vorgelegt werden.
2. Die Politische Theorie wird auch in Zukunft als vorrangig normative Theoriebildung ihren Erfolg finden. Sie muss aber selbst Beiträge zur (immer normativ imprägnierten) empirisch fundierten Theoriearbeit leisten und sich der eigenständigen empirischen Theoriebildung in den anderen Teildisziplinen als Diskussionspartnerin und auch als Kritikerin nähern.
3. Es ist kein Niedergangsphänomen, sondern ein Explikationsfortschritt, wenn die Politische Theorie sich ein Methodenbewusstsein zulegt und ein systematisches Nachdenken über Methodenentwicklung zu ihren selbstverständlichen Aufgaben zählt.
4. Politische Theorie muss sich nicht selbst bescheiden. Angesichts der Versuche in anderen Disziplinen – von den Neurowissenschaften über die Anthropologie, die soziologische Gesellschaftstheorie bis hin zur Philosophie des Sozialen –, eine umfassende Theorie des Menschen und seiner Sozialität zu entwickeln, kann die Politische Theorie sich – unter sorgfältiger Rezeption der Theorien anderer Fächer – an den Versuchen derartiger ‚großer‘ Theoriebildung beteiligen, was auch deren kritische Reflexion einschließt.

Die Beiträge zu diesem Heft sind aus der Bremer Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte der DVPW Ende September 2011 zum Thema *Gegenstand und Methoden der politischen Theorie* hervorgegangen. Wir danken der Redaktion der *Zeitschrift für Politische Theorie* für die hervorragende Kooperation und die Möglichkeit, Ergebnisse dieser Tagung so zeitnah zu präsentieren.